

Was die Parteien in der Verkehrspolitik planen

Die Parteien haben viele Ideen, wie es auf deutschen Straßen künftig besser und sicherer vorangehen soll. Vor allem das Fahrrad spielt dabei eine wichtige Rolle. Hier der Wahlprogramm-Check zu den zentralen Verkehrsvorhaben.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Marode Straßen und Brücken, eine Bahn im Defizit, eine Verkehrswende, die nicht wirklich gelingen will. Wohl auf kaum einem anderen Gebiet gibt es in den kommenden Jahren so viel zu tun, wie in der Verkehrspolitik. Und so viel Strittiges – Stichwort Tempolimit, Stichwort Erreichung der Klimaziele. Was planen also die im Bundestag vertretenen Parteien konkret, worauf müs-

„Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen.“
SPD-Wahlprogramm

sen sich die Verkehrsteilnehmer einstellen? Die wichtigsten Pläne in den Wahlprogrammen.

Die Union. CDU und CSU lehnen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Dafür versprechen sie: „Wir werden unser Verkehrsnetz mit Schienen, Straßen und Wasserstraßen in Stand halten und weiter zukunftsfest machen.“ Auch soll mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Nur wie? Das bleibt weiterhin unklar. Die Union will laut ihrem Programm zudem Bundesstraßen und Autobahnen erweitern, „wo es häu-



Um die Verkehrswende voranzutreiben, wollen fast alle Parteien die innerstädtischen Straßen fahrradfreundlicher machen.

FOTO: GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

fig Stau gibt“. Und: „Wir werden auch weiterhin Ortsumgehungen bauen.“ Außerdem setze man auf gut ausgebaut und vernetzte Radwege, Rad-schnellwege sowie mehr Sicherheit für Radfahrer und mehr Abstellmöglichkeiten.

Die SPD. Sie will die Verkehrswende ebenfalls voranbringen „und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen“. Ein großes Versprechen. So soll jeder Bürger in Stadt und Land einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr vorfinden. Förderprogramme und ein geän-

deres Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen unterstützen, in Städten mehr Fläche für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen werden. Auch die Genossen wollen neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen etablieren und alte Bahnstrecken reaktivieren. „Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen“, steht zudem im SPD-Programm.

Die Grünen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität will die Partei die Mobilität „grundlegend neu“ denken.

Die Grünen versprechen eine starke Bahn, einen modernen ÖPNV, beste Bedingungen für Radfahrer und Fußgänger. Schön wär's. Innerorts plant die Partei Tempo 30 als Regel und auf Autobahnen 130 km/h. Kurzstreckenflüge sollen „ab sofort Zug um Zug“ verringert werden und ab 2030 überflüssig sein. 100 Milliarden Euro will man überdies bis 2035 zusätzlich ins Schienennetz und in Bahnhöfe investieren. Vor allem aber soll Deutschland Fahrradland werden. So ist geplant, die Anschaffung von Job- und Lastenrädern zu bezuschussen, das Straßenverkehrsrecht entsprechend zu reformieren. Auch

soil es höhere Bußgelder fürs Falschparken auf Radwegen geben.

Die FDP. Die Liberalen haben einen etwas anderen Ansatz als die übrigen Parteien. „Mobilität ist Freiheit – Innovationen statt Verbote“, lautet ein Slogan. Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sowie das pauschale Aus von Verbrennungsmotoren lehnen sie ab. Auch will man die Infrastruktur und den Betrieb der Bahn trennen und den Betrieb privatisieren. „Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben.“ Für alle Verkehrswege soll die Sanierung und Modernisierung Priorität haben. Da-

rüber hinaus will die FDP mehr Radwege und Radfahrstreifen. Konkret spricht sie sich übrigens dafür aus, begleitetes Fahren für den Pkw-Führerschein bereits ab 16 Jahren zu ermöglichen.

Die Linke. Bei der Linken findet sich ein Sammelsurium an Ideen. Die Ticketpreise im Nahverkehr „wollen wir bis zum Nulltarif senken“, verspricht die Partei. „Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle.“ Radfahren und Zufußgehen soll attraktiver und sicherer gemacht werden. Konkret heißt das: Mehr Platz auf den Straßen, mehr intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen. „Die Straßenverkehrsordnung soll deshalb „fußgänger- und fahrradfreundlicher“ gestaltet werden. Zudem setzt sich die Partei für weitgehend autofreie Innenstädte ein sowie für eine frauengerechte Verkehrsinfrastruktur. Zum Beispiel durch Nacht-Taxen für Frauen. Die Anschaffung von E-Lastenrädern soll ebenso gefördert werden wie Kombi-Busse oder Straßenbahnen, die auch Pakete transportieren.

Die AfD. Sie will vor allem eine „an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik“ und lehnt Verbote ab. „Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels“, heißt es im Programm. Gleichzeitig setzt die AfD aufs Auto und fordert den Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und mehr Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos. Sie ist „strikt“ gegen ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen. Starre Tempolimits müssten regelmäßig überprüft werden und dann auch wegfallen. Im Schienenpersonenverkehr soll Deutschland ein besser ausgebaut und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten.

Forsa-Umfrage sieht Union auf historischem Tiefststand

BERLIN (mün) Gut einen Monat vor der Bundestagswahl ist die SPD erstmals seit Jahren in einer Sonntagsfrage wieder stärkste politische Kraft in Deutschland. Im am Dienstag veröffentlichten Trendbarometer des Forsa-Instituts für RTL und n-tv kommen die Sozialdemokraten auf 23 Prozent, die Union erreicht 22 Prozent.

Die SPD gewinnt im Vergleich zur Vorwoche zwei Prozentpunkte hin-

zu, die Unionsparteien büßen einen Punkt ein. In der Datenreihe des Instituts landen die Sozialdemokraten damit erstmals seit fast 15 Jahren auf einem höheren Wert als die Union.

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans mahnte seine Partei zur Vorsicht: „Meine Überzeugung war schon zu Zeiten, als man noch darüber lächelte, dass es den Bürgerinnen und Bürgern mit dem näher rückenden Wahltag immer wichtiger wird, ihr

Kreuz da zu machen, wo sie Verlässlichkeit, Erfahrung und die Verbindung von Wandel und Kontinuität in Verantwortung für alle in diesem Land erwarten können“, sagte Walter-Borjans unserer Redaktion. Dafür stünden Olaf Scholz und eine geschlossene hinter ihm stehende SPD. „Aber auch in der Hochstimmung bleibt es dabei, dass Stimmungen noch keine Stimmen sind. Wir stellen uns landauf landab den Bür-

gerinnen und Bürgern mit einem klaren Plan für die Zukunft“, sagte Walter-Borjans.

Die jetzt für die Union ermittelten 22 Prozent sind Forsa zufolge der schlechteste Wert, den das 1984 gegründete Institut im wöchentlichen Trendbarometer jemals für CDU und CSU berechnet hat. Nach dem Sieg von CDU-Chef Armin Laschet über den CSU-Vorsitzenden Markus Söder im Rennen um die Kanzler-

kandidatur im April lag die Union allerdings schon einmal auf 22 Prozent.

Die Grünen rutschen in der aktuellen Forsa-Umfrage um einen Punkt auf 18 Prozent ab und liegen auf Rang drei. Die FDP kommt unverändert auf zwölf Prozent, die AfD auf zehn und die Linke auf sechs Prozent. Die Zahl der Nichtwähler und Unentschlossenen liegt mit 26 Prozent allerdings weiterhin

über dem Anteil der Nichtwähler bei der vergangenen Bundestagswahl.

Forsa zufolge hätten im Moment vier Dreier-Koalitionen eine regierungsfähige Mehrheit, darunter drei unter Führung der SPD. Möglich wäre ein Bündnis von SPD, Union und FDP; eine Regierung von SPD, Grünen und FDP; eine Koalition mit Union, Grünen und FDP oder ein linkes Bündnis mit SPD, Grünen und Linken.

Die Fernseh-Spiele können beginnen

Am Sonntag starten die Dreikämpfe der Kanzlerkandidaten. Was müssen Laschet, Scholz und Baerbock bieten, um als Sieger aus dem Studio zu gehen?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Ein einziger Satz kann die Entscheidung bringen. „Sie kennen mich“, lautete 2013 der kleine Geniestreich der Kanzlerin im TV-Duell gegen ihren damaligen SPD-Herausforderer Peer Steinbrück. Spiel, Satz und Sieg. Für Angela Merkel war die mediale Auseinandersetzung immer eine lästige Pflichtübung, auf die sie gut und gerne hätte verzichten können. Merkel tritt nicht mehr an. Und weil es nun drei Kanzlerkandidaten gibt, wird aus dem Duell ein Triell – ein Dreikampf.

Der erste große findet am kommenden Sonntag ab 20.10 Uhr bei RTL/n-tv statt. Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Grüne) stellen sich den Fragen von Chefmoderator Peter Klöppel und Pinar Atalay, früher ARD-Tagesthemen. Danach übernimmt Boulevard-Moderatorin Frauke Ludowig, die einige prominente Gäste das Gesagte bewerten lässt. Das zweite Triell folgt am 12. September im Ersten und im ZDF, das Finale wird dann am 19. September auf ProSieben, in Sat.1 und bei Kabel eins übertragen.

Wie bei jeder Fernseh-Veranstal-

tung mit wahlkämpfenden Politikern bleibt nichts dem Zufall überlassen, weder bei den Redezeiten, den Kameraeinstellungen noch bei den Themenblöcken. Dafür sorgen die Teams der Kandidaten, die zugleich ihre Schützlinge auf jede Unwägbarkeit vorbereiten. Überraschungen gibt es daher kaum, so dass eigentlich der Begriff Duell – beziehungsweise Triell – falsch gewählt ist.

Es sei denn, einem der Moderatoren gelingt mal ein Coup. So wie 2013 Stefan Raab, der Peer Steinbrück damals vorhielt: „Das ist doch keine Haltung zu sagen: Ich will nur gestalten, wenn ich King of Kotelett bin.“ Die Redewendung vom „King of Kotelett“ blieb dem feixenden Publikum in Erinnerung – und Raab brachte sie sogar eine Nominierung für den Grimme-Preis ein. Damals ging übrigens noch etwas ganz anderes als Gewinner aus dem Studio: Merkels rot-gold-schwarze Kette, die für Aufsehen sorgte. Manchmal werden halt Nebensächlichkeiten wichtiger als das Gesagte. Was wiederum auch an Letzterem liegen kann.

Die Hoheit über die Einladungen zu den Fernseh-Runden liegt bei den Sendern. In der Vergangenheit wurde regelmäßig die Frage der Chancen-



Armin Laschet, Kanzlerkandidat der Union
FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

gleichheit diskutiert. Im Jahr 2002, als der verstorbene Guido Westerwelle offiziell Kanzlerkandidat der FDP war, zogen die Liberalen sogar vor das Verfassungsgericht, um Westerwelles Teilnahme an den zwei Fernseh-Duellen zwischen Gerhard Schröder (SPD) und Edmund Stoiber (CSU) zu erzwingen. Allerdings scheiterten sie damals mit ihrem Ansinnen. 2002 feierte das Duell-Format auch Premiere, in zwischen ist es aus dem Wahlkampf nicht mehr wegzudenken. Meist war das Rennen um das Kanzleramt allerdings zum Zeitpunkt des Streits vor den Kameras schon entschieden, wie 2017 zwischen Martin Schulz und Ange-



Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen
FOTO: VON JURTCZENKA/DPA

la Merkel. Der SPD-Kanzlerkandidat hatte seinerzeit den „Schulz-Zug“ bereits gegen die Wand gefahren. Merkel blieb cool, der Genosse hingegen harmlos.

Und diesmal? Die Ausgangslage vor dem Aufeinandertreffen der drei Kanzlerkandidaten ist pikant, Laschet und Baerbock haben in den Umfragen mächtig verloren, Scholz hat erheblich aufgeholt. Der Bamberger Kommunikationswissenschaftler Olaf Hoffmann glaubt deshalb, dass schon lange kein Fernseh-Schlagabtausch mehr mit so großer Spannung verbunden gewesen ist wie diesmal – „vergleichbar vielleicht mit dem 2005 zwischen Gerhard Schröder und An-



Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD
FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

gela Merkel“, so Hoffmann zu unserer Redaktion. Weil noch so vieles unklar sei, würden sich die Bürger konkrete Antworten und eindeutige Unterschiede erhoffen. „Deswegen haben die drei Fernseh-Diskussionen in diesem Jahr eine so große Bedeutung für den Wahlausgang.“

Doch welcher Kanzlerkandidat muss was liefern? Hoffmann analysiert die Herausforderungen für Armin Laschet so: „Für ihn geht es vielleicht schon um alles: Wenn sich bis Sonntag der Abwärtstrend in den Umfragen fortsetzt und er auch noch das Triell in der öffentlichen Bewertung verliert, könnte ihm schon in einer Woche die Auswechslung dro-

hen. Laschet muss konkreter werden und in die Offensive kommen, zugleich aber souverän bleiben. Sein einziger Vorteil: Weil die Erwartungen an ihn so gering sind, könnte er schon mit einer ordentlichen Performance positiv überraschen.“

Bei Annalena Baerbock kommt der Experte zu folgendem Ergebnis: „Seit dem fehlerhaften Lebenslauf ist sie nie mehr aus der Defensive gekommen. Sie wirkte zunehmend nervöser und gehemmt. Wenn es ihr gelänge, sich freizuschwimmen und beherzt in die Offensive zu gehen, könnte sie zur Überraschungssiegerin des Abends werden. Ansonsten droht sie, noch weiter ins Abseits zu geraten.“

All diese Sorgen habe Olaf Scholz im Moment nicht, glaubt Hoffmann: „Er kann die Angriffe in Ruhe abwarten. Nur sollte dieses Abwarten nicht zu offensichtlich werden. Die Grenze zwischen souveräner Zurückhaltung einerseits, Arroganz und Letzthargie andererseits ist schmal. Die größte Bedrohung für Olaf Scholz ist damit er selbst.“

Produktion dieser Seite:
Iris Neu-Michalik
Martin Wittenmeier